

B1085

MITTEILUNGEN

DES

REICHAUSSCHUSSES

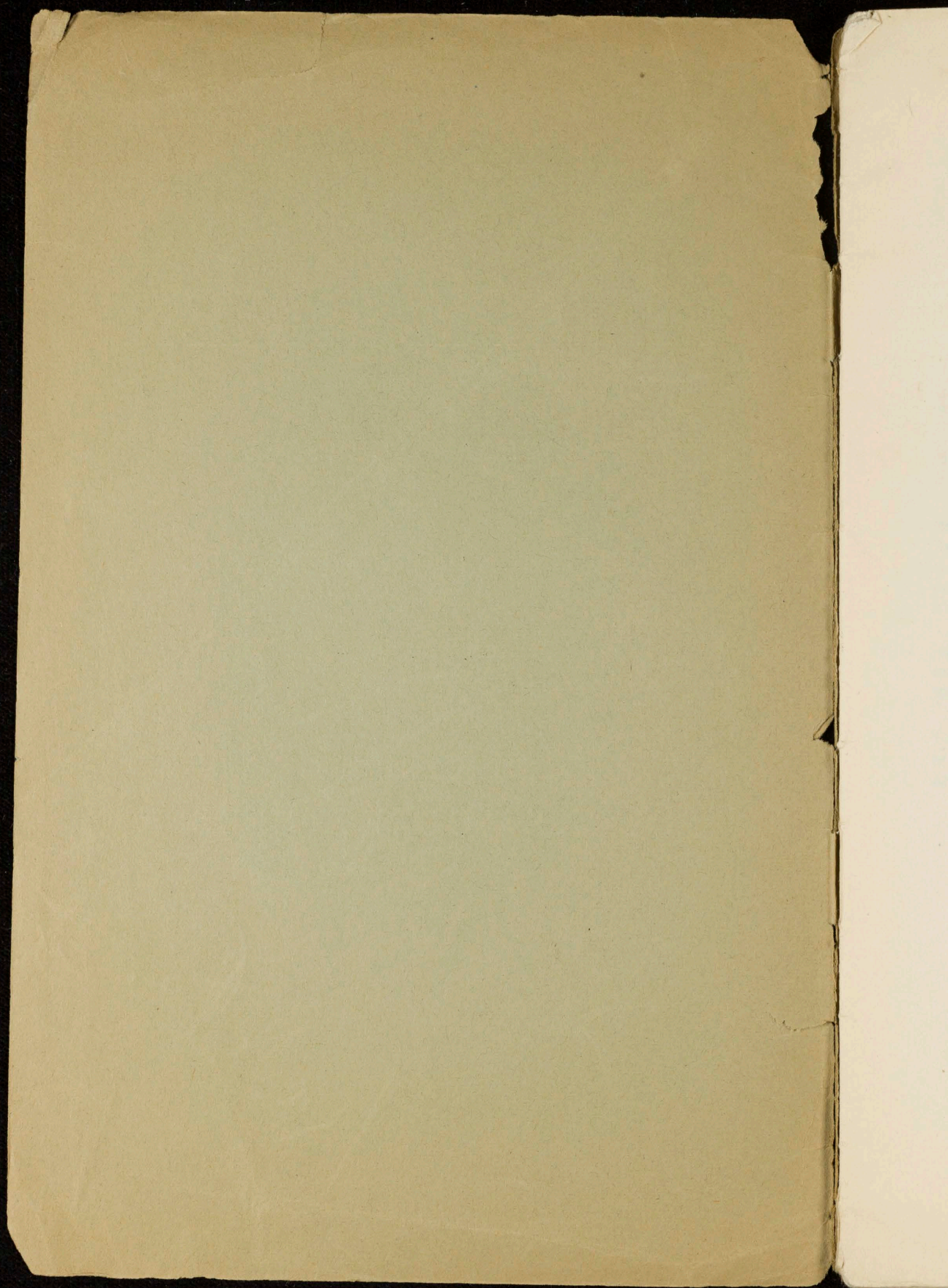
DER

JUDISCHEN JUGENDVERBANDE

SONDERHEFT:
SOZIALE WOCHE IN SEESEN

NR. 1
JAHRGANG 2

MÄRZ 1929



Soziale Woche

in

Seesen

Leo Baeck Institute
20091440

Einleitung

Die nachfolgenden Referate sind auf der vom Reichsauschuß der jüdischen Jugendverbände Ende Dezember 1928 veranstalteten sozialen Woche in Seesen gehalten worden.

Sie wenden sich nicht nur an die junge Generation der jüdischen Wohlfahrtspflege, die in Seesen zum ersten Male das Gefühl ihrer inneren Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit der Aufgabe empfunden hat. Sie wenden sich über die Fachreise hinaus an die gesamte jüdische Jugend, weil die hier angeschnittenen Fragen nicht Probleme einer bestimmten Berufsgruppe, sondern Probleme der gesamten jüdischen Gesellschaft sind.

Die Referate und die auf ihren Ergebnissen beruhenden Resolutionen sollen insbesondere der jüdischen Jugendbewegung zeigen, daß es Tatsachen und Aufgaben innerhalb unseres Lebens gibt, für die jeder einzelne von uns mitverantwortlich ist.

In diesem Sinne wollen die nachstehenden Ausführungen als ein Versuch gewertet werden, dem auf dem Gebiete der sozialen Arbeit einheitlichen Willen der jüdischen Jugend zur konkreten Verwirklichung zu verhelfen.

Erneuerungsbestrebungen in der allgemeinen und jüdischen Wohlfahrtspflege

Referat Dr. Friedrich Ollendorff
(gekürzte Wiedergabe).

Dr. Ollendorff wies einleitend darauf hin, daß die Organisation nie Selbstzweck sein darf. Sie kann aber dennoch mehr als Mittel zum Zweck sein, nämlich Form der Gemeinschaft der Arbeitenden; mit ihrem Ausbau wächst das Gefühl der Gemeinschaft, so daß schließlich auch die Organisation ein kostbares Besitztum dieser Gemeinschaft werden kann. — Sodann wurde ein ganz kurzer Überblick nicht über den einzelnen Erhaltung, sondern über die Richtung wesentlicher sachlicher Erneuerungsbestrebungen gegeben. In der Wirtschaftsfürsorge ist — in der jüdischen wie in der allgemeinen — entscheidend die immer stärkere Hinwendung zur produktiven Fürsorge und zur „Hilfe zur Selbsthilfe“. (Beispiele: die Bedeutung der Darlehnskassenbewegung und die von Dr. Kreuzberger näher erwähnte Arbeiterkolonie.)

In der Gesundheitsfürsorge tritt vor der heilenden in immer stärkerem Maße die vorbeugende Arbeit in den Vordergrund. (Beispiele: Ausbau des Beratungsstellenwesens und der ganzen offenen Fürsorge; Bedeutung der Gesundheitsbogen nach Thüringer Muster. Wünschenswert wäre auch eine Fortführung der Gesundheitsenquete des Reichsausschusses.) In der Erziehungsfürsorge werden als typische, die Fragestellungen und Lösungsversuche in sich konzentrierenden Beispiele nur die Reformarbeit der jüdischen Fürsorgeerziehung und die eben beginnende jüdische Vätererziehungsheimbewegung genannt. Scheinbar voneinander weitgetrennte Erziehungsarbeiten, berühren sie sich doch stark in der Herausarbeitung neuer, keine Unterschiede der Anstalten kennender Erziehungsmethoden und in der notwendigen, hoffentlich einmal möglichen, gegenseitigen Ergänzung bei der entscheidenden Heranbildung des Erzieherpersonals.

Bei Erörterung der Beziehungen zwischen jüdischer und allgemeiner Wohlfahrtspflege wurde auf die vielleicht überraschende Tatsache hingewiesen, daß mindestens seit dem Kriege sich sowohl die Verbundenheit der jüdischen mit der allgemeinen Wohlfahrtspflege, wie auch der äußere und innere Ausbau der jüdischen Wohlfahrtspflege selbst dauernd intensiviert haben. Mit dieser scheinbar widerspruchsvollen, in Wirklichkeit aber notwendigen und zu bejahenden Entwicklung kämen sowohl die subsidiäre (ergänzende) wie die autonome (eigengelegliche) Natur der jüdischen Wohlfahrtsarbeit zu ihrem Recht.

Was die persönliche Stellung der Mitarbeiter aus der älteren und der jüngeren Generation zur Wohlfahrtspflege anbetrifft, so ergeben sich erhebliche Unterschiede, einmal zwischen den Generationen, und sodann (besonders bei der älteren Generation) je nach der jüdisch-weltanschaulichen Stellung. Für den Orthodoxen stellt die religiöse, aus den Begriffen der Mizwah und Zedakah sich herleitende Beziehung eine enge persönliche Verbundenheit mit sozialem Handeln dar, zugleich aber oft eine starke Hemmung gegenüber dem notwendigen

organisatorischen Ausbau. Bei den Vertretern der liberalen Anschauung bedeutet die Bejahung der allgemeinen und jüdisch-ethischen Werte eine starke Hinzuführung zur sozialen Arbeit; andererseits liegen bei manchen von ihnen auf Grund ihrer Weltanschauung gewisse innere Schwierigkeiten bei der Anerkennung autonomer jüdischer Wohlfahrtsarbeit vor. Bei den Zionisten ist wiederum gerade diese Anerkennung der Autonomie von vornherein gegeben; aber bei manchen von ihnen besteht eine Schwierigkeit für soziale Arbeit hier in der entscheidenden Gerichtetheit auf Palästina.

Für die ältere Generation sind sodann in höherem Maße wie für die jüngere Bindungen des Mitarbeiters, besonders auch des ehrenamtlichen, an Institutionen der Wohlfahrtspflege maßgebend, mag es sich um Gemeinden, Vereine oder Anstalten handeln. Die Bindungen werden als Realbindungen bezeichnet. Daneben treten schon in der älteren, in steigendem Maße aber in der jüngeren Generation Bindungen an soziale Führerpersönlichkeiten, „Personalbindungen“, auf. Stärker aber als solche Real- und Personalbindungen ist vor allem bei den Jüngeren die Verbundenheit mit dem Gesamtjudentum; sie ist für Viele das entscheidende Motiv nicht nur zu ehrenamtlicher sozialer Arbeit, sondern zur Wahl des sozialen Berufs. Von hier gesehen ist es kein Zufall, sondern in vielen Fällen innere Notwendigkeit, daß jüdische Jugendbewegung, Gedankengänge des Sozialismus und soziale Berufsarbeit in der Idee, stärker noch in der Praxis, miteinander verbundene, sich gegenseitig verstärkende Dinge sind. Zu der hier einsehenden Frage der jüdisch-sozialen Berufsarbeit und der Ausbildung dafür kann nur kurz angedeutet werden, was später einmal eingehend ausgeführt werden muß: Bei vollster Bejahung von Notwendigkeit und Bedeutung der jüdisch-sozialen Berufsarbeit muß leider gegenwärtig noch vor einem zu starken Hineinströmen in diesen Beruf sehr gewarnt werden. Noch sind viel zu wenig Stellen vorhanden, viele von ihnen durchaus unzureichend besoldet. Hier liegt eine große Aufgabe vor allem der Gemeinden.

Im Anschluß hieran wurde an der Hand amerikanischen Vorbilds Notwendigkeit und Möglichkeit einer jüdisch-sozialen Ausbildungsstätte besprochen und auf die Bestrebungen zum Zusammenschluß der jüngeren jüdisch-sozialen Arbeiter hingewiesen.

Zum Schluß wurde von der erst sehr langsam ins Bewußtsein tretenden, für die Zukunft aber außerordentlich bedeutsamen internationalen jüdisch-sozialen Arbeit gesprochen und von ihrem Wert für die Sache, wie für die Verbindung und Stärkung der in den verschiedenen Ländern sozial tätigen Menschen.

Zusammenfassend wurde noch einmal festgestellt, daß entscheidend für die soziale Arbeit ist: die Bindung des einzelnen Arbeiters an die Gesamtheit, in gleich hohem Maße aber auch die tragende Verbundenheit der Gesamtheit mit der sozialen Arbeit des Einzelnen.

Jedem Zeitalter entspricht eine besondere Art der Gestaltung der Wohlfahrtspflege. Unserem Zeitalter der durchgängigen Verstaatlichung, Vertrustung und Rationalisierung entspricht eine staatlich geordnete, gesetzlich geregelte und großzügige Organisationsform der Wohlfahrtspflege. Der Sinn der gegenwärtigen Wohlfahrtspflege ist in der Heilung der Schäden zu sehen, die die gegenwärtige Wirtschaftsform mit Notwendigkeit verursacht und verursachen muß. Die kapitalistische Wirtschaftsweise basiert auf der Existenz einer ständigen Reservearmee Arbeitsloser, denen das primitive Existenzminimum gesichert bleiben muß, da sonst der Wirtschaftswert des Arbeitslosenheeres verloren ginge. Die kapitalistische Wirtschaftsweise sieht also in der Wohlfahrtspflege ihre Lösung der sozialen Frage. Der Mensch, der dieser Wirtschaftsweise ablehnend gegenübersteht, müßte konsequenterweise damit auch ihre Form, Wohlfahrtspflege zu treiben, ablehnen. Diese prinzipielle Einstellung kann aber niemanden dazu verführen, jede praktische Form der sozialpolitischen und wohlfahrtspflegerischen Betätigung, die geeignet ist, die Wirtschaftsgegensätze zu überbrücken, nur aus diesem Grunde abzulehnen. Der sozialistische Betrachter wird über dieser praktischen Betätigung aber niemals vergessen, daß durchgreifende Besserung und Änderung der sozialen Not nur mit der Änderung der Wirtschaftsordnung selbst herbeizuführen ist.

Die letzten zehn Jahre haben eine ungeheure Verstaatlichung der wohlfahrtspflegerischen Betätigung gebracht, umfassende Gesetzordnungen (z. B. die Fürsorgepflichtverordnung, das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz usw.) haben weite Gebiete der Wohlfahrtspflege der staatlichen Regelung unterworfen. Damit ist das Moment der Würdigkeit, das früher für alle wohlfahrtspflegerischen Maßnahmen Richtschnur war, immer mehr zum Verschwinden gebracht worden und dem Rechtsanspruch im wohlbedingten Sinn auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege weite Geltung verschafft worden. Die Wertung der Fürsorgebedürftigkeit ist eine andere geworden, das „Schuld“-moment spielt bei der Beurteilung kaum noch eine Rolle, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß ganze Schichten über Nacht wohlfahrtsbedürftig geworden sind. In den letzten Jahren insbesondere ist zu beobachten, daß die rein unterstützende Wohlfahrtspflege immer stärker abgelöst wird durch alle produktiven Formen einer durchgreifenden Arbeitsfürsorge.

Mit der Verstaatlichung der Wohlfahrtspflege und der Ausbreitung der gehebungsgründlichen Grundlage ist eine durchgehende Verbeamtung der Wohlfahrtspflege zu beobachten. Diese Verbeamtung der Wohlfahrtspflege ist durchaus zu begrüßen, da sie eine Verschärfung der Wohlfahrtspflege darstellt und die Ausschaltung all jener Menschen bewirkt, die die Entwicklung vernünftiger wohlfahrtspflegerischer Formen nicht günstig beeinflusst haben. Allerdings darf man die mit der Verbeamtung der Wohlfahrtspflege verbundene Gefahr der Mechanisierung der Wohlfahrtspflege nicht übersehen. Dem Beamten, der in täglicher Kleinarbeit sich erschöpft, wird der einzelne Mensch leicht zum Fall. Aus diesem Grunde ist eine dauernde Korrektur der verwaltenden Wohlfahrtspflege durch die Befürsorgten selbst notwendig. Das Ideal wäre die Selbstverwaltung der Befürsorgten.

Im Rahmen einer staatlichen Gesamtordnung der Wohlfahrtspflege ist es schwer, eine sachliche Begründung für die Existenz religiöser systematischer Wohlfahrtspflege im allgemeinen zu geben, und dies um so mehr, als sehr oft die Begründung religiöser wohlfahrtspflegerischer Unternehmungen aus Gelingen kommt, die mit fürsorgertischen Absichten nichts mehr zu tun haben. Es ist hierbei insbesondere an die sehr oft mit religiöser Wohlfahrtspflege verbundenen Missions- und Heilsideen zu denken. Politisch und entwicklungs-mäßig gesehen, ist religiöse Wohlfahrtspflege ihrem konservativen Charakter gemäß zumeist reaktionär. Das Judentum nimmt innerhalb der religiösen Gemeinschaften, und damit auch in Bezug auf die Frage der Wohlfahrts-pflege eine Sonderstellung ein. Es ist tatsächlich keine reine Religionsgemein-schaft, sondern durchaus von volkhafte Bindungen bestimmt. Hinzu kommt, daß das Judentum als Gesamtheit einen dauernden, sich täglich verschärfen-den Wirtschafts- und Lebenskampf mit fallender Kurve führt. Trotz aller Bemühungen des Centralvereins ist dieser Wirtschaftskampf heute stärker denn je sichtbar. Die Reaktion des Judentums darf aber nicht nur in der Ab-wehr bestehen. Die Lehren dieses Wirtschaftskampfes müssen bevölkerungs-politisch gezogen werden. Das deutsche Judentum bedarf einer völligen Neu-ordnung seiner Wirtschaftsschichtung. Der Wohlfahrtspflege im weitesten Sinne des Wortes eröffnen sich hieraus Aufgaben schwerwiegender Art.

Das Wort „Wohlfahrtspflege“ ist „erblich belastet“ und für viele mit Almosengeben und -nehmen untrennbar verbunden. Für uns ist Wohlfahrts-pflege der Inbegriff aller fürsorgertischen und sozialpolitischen Unter-nehmungen. Deshalb sind die gegenwärtigen Aufgaben der jüdischen Wohl-fahrtspflege in Deutschland Aufgaben jüdischer Regeneration und Erhaltung. Es wird ersichtlich, weshalb in diesem Zusammenhange die bevölkerungs-politischen Fragen eine wesentliche und entscheidende Rolle haben müssen.

Es ist außerordentlich schwierig, die jüdische Wohlfahrtspflege in allen ihren Teilen logisch zu begründen. Bis heute sind kaum die ersten An-fänge jüdisch-wissenschaftlicher Untersuchungen über all die grundlegenden und entscheidenden Fragen der jüdischen Wohlfahrtspflege zu verzeichnen. Das Wirkungsausmaß der jüdischen Wohlfahrtspflege ist nicht so groß, wie es im allgemeinen angenommen wird. Während vor dem Kriege die Ausgaben für Wohlfahrtspflege, die die Kommunen zu leisten hatten, ca. 15 Prozent des Etats in Anspruch genommen haben, erreichten diese öffentlichen Aus-geben nach neuesten Statistiken bei einer Fülle wichtiger Städte ca. 50 Pro-zent. Die meisten jüdischen Gemeinden geben durchschnittlich 5 bis 10 Pro-zent von ihrem Etat für Wohlfahrtszwecke aus, nur wenige bis zu 20 Pro-zent, und nur in ganz seltenen Fällen geht der Prozentsatz über diese Ziffern hinaus. Der Gedanke, daß die jüdische Wohlfahrtspflege nur eine subsidiäre ist, ist im Grunde durchaus richtig. Doch es darf nicht verkannt werden, daß dieser Grundsatz seine Grenzen finden muß in den Notwendig-keiten der gegenwärtigen jüdischen Situation. Darüber hinaus bedürfte die Einstellung der Juden zur jüdischen Wohlfahrtspflege einer besonderen Unter-suchung. Es scheinen doch in den letzten Jahrzehnten grundlegende Wand-lungen vor sich gegangen zu sein. Das gute jüdische Herz ist doch zumeist nur noch sehr selten zu finden. Die großen gegenwärtigen Aufgaben jüdischer Wohlfahrtspflege können nur mit allergrößter Mühe bewältigt werden, ob-

wohl die dazu notwendige Gesamtsumme keineswegs die Wirtschaftskraft des deutschen Judentums überschreiten dürfte. In einigen Großgemeinden ist allerdings ein grundsätzlicher Neuaufbau der Wohlfahrtspflege zu bemerken. Hier wird erkannt, daß neuzeitliche Fürsorge mit Almosengeben nichts mehr gemein hat. Hier werden jüdischen Sozialbeamten Wirkungsmöglichkeiten eröffnet, und es entwickelt sich auch im jüdischen Kreis immer mehr die Idee des Anspruchs auf Fürsorge, die von dem Gesichtspunkt der Würdigkeit des Bedürftigen nicht mehr auszugehen hat.

Es ist außerordentlich schwer, eine Sachdarstellung der gegenwärtigen jüdischen Wohlfahrtspflege zu geben, besonders schwierig, wenn es sich um ihren sozial- und bevölkerungspolitischen Teil handelt. Man gibt dann im allgemeinen mehr ideologische Forderungen als sachliche Darstellungen, weil überall erst nur Anfänge einer neuen Einstellung zu all diesen Fragen zu bemerken sind. Hinzukommt, daß für eine sachkundige Bearbeitung und Darstellung jüdischer Sozial- und bevölkerungspolitischer Probleme in Deutschland kein entscheidendes Material vorhanden ist. So muß auch die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftssituation der deutschen Juden darunter leiden, daß wir gegenwärtig auf Zahlenmaterial angewiesen sind, das zwanzig und mehr Jahre alt ist. Wir sehen Symptome, ohne die Ursachen in ihrem ganzen Umfange zu erkennen. Wir stellen ein schleichendes Hinausdrängen aus vielen Berufen fest, die die Juden früher völlig beherrschten. Der alte Ausstoßungsprozeß des Juden aus gesättigten Wirtschaften ist im gegenwärtigen Deutschland besonders gut zu beobachten. Dieser Prozeß nimmt zwar noch nicht Formen an wie in Polen, wo von Staats wegen ganze Wirtschaftszweige den Juden verschlossen werden. Es ist merkwürdig, zu beobachten, daß dieser Ausstoßungsprozeß in Deutschland bei den unteren Angestelltenberufen und bei den kleinen selbstständigen Existenzen beginnt. Diese Wirtschaftsumschichtung trifft deshalb die Juden so außerordentlich schwer, weil sie eine ganz ungesunde Berufsstruktur aufweisen. Die letzte uns zugängliche Berufszählung von 1907 zeigt, daß 50 Prozent aller Juden im Handel, 20 Prozent in der Industrie, 1 Prozent in der Landwirtschaft saßen, der Rest waren Rentner und Akademiker. Vom nichtjüdischen Bevölkerungsanteil saßen in der Industrie 50 Prozent, in der Landwirtschaft 20 Prozent. Diese Wirtschaftssituation erfährt ihre Erschwerung dadurch, daß der Prozentatz der Handeltreibenden durch die große Zahl der Rentner, die ihr Vermögen verloren haben, gestiegen ist. Des weiteren durch allgemeine deutsche Wirtschaftsercheinungen: 5 Millionen weniger Bevölkerung und 5 Millionen mehr Arbeiter als vor dem Kriege, Eindringen der Frauenarbeit, Verminderung der Zahl der Bank- und Handelsangestellten durch Einführung von Büromaschinen. Aus diesen Tatsachen wird ersichtlich, daß die jüdische Wirtschaftssituation weder durch einen Wirtschafts- noch durch einen Rechtskampf zu bessern ist. Es ist vielmehr notwendig ein Umbau der Berufsgliederung der Juden. Auf keinem Gebiete aber muß dringender vor dilettantischen Unternehmungen gewarnt werden als auf diesem. Man kann sehr oft in der jüdischen Presse billige Parolen entdecken, die aber der bevölkerungspolitischen Situation in keiner Weise gerecht werden können. So müßte einmal die Parole der landwirtschaftlichen Umschichtung der Juden eine genaue Untersuchung erfahren, und

es würde sich jedenfalls für die Gegenwart herausstellen, daß von einer Rückkehr der Juden zur Landwirtschaft nicht nur keine Rede sein kann, sondern, daß sie auch gar nicht angeraten werden sollte. Anderen Berufsbereichen ist eine günstigere Prognose zu stellen. Selbst in Zeiten der größten Arbeitslosigkeit war ein Mangel an hochqualifizierten Facharbeitern zu bemerken. Während in den vergangenen Jahren die Unterbringung jüdischer Lehrlinge in den erwünschten Berufen mannigfachen Schwierigkeiten begegnete, wird es in den Jahren des sich bemerkbar machenden Geburtenausfalls (1930/34) besonders leicht sein, jüdische Lehrlinge in allen nur erwünschten Berufskategorien unterzubringen. In diesen Jahren wird sich nämlich ein sehr starker Lehrlingsmangel, verursacht durch den Geburtenausfall des Krieges, bemerkbar machen. Hier scheint sich dem deutschen Judentum eine ungeheure Chance zu bieten, die leider bisher von den verantwortlichen Organisationen und Persönlichkeiten noch nicht genügend geschätzt worden ist. Es wird sich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit ergeben, den Fragen der jüdischen Berufsberatung eine ganz andere Aufmerksamkeit zu schenken, als es bisher der Fall war. Es wird nicht möglich sein, in jeder Gemeinde Berufsberatungsjstellen zu schaffen, aber es sollte daran gedacht werden, die jüdischen Gemeinden bezirksmäßig zusammenzufassen, da nur von hauptamtlichen Kräften eine wirkliche Berufsberatung durchgeführt werden kann. Experimente auf diesem Gebiete wären von verhängnisvollsten Folgen begleitet.

Der Beruf des jüdischen jungen Menschen war früher ein Zufall. Das Berufsvorbild des Vaters oder eines Verwandten war maßgeblich, des weiteren das Moment des schnellen Geldverdienens, und zuletzt kam erst die Frage der Eignung. Für die gegenwärtige jüdische Berufsberatung sind andere Tendenzen erforderlich. Die Eignung muß im Vordergrund stehen. Dann werden die Erfordernisse und die Möglichkeiten der Wirtschaft betrachtet werden müssen, und schließlich werden die jüdischen Forderungen, die sich aus der eigenartigen jüdischen Berufsstruktur ergeben, in Betracht gezogen werden müssen. Diesen Berufsberatungsjstellen würde auch der Kampf gegen gewisse jüdische Modeberufe und gegen den frühzeitigen Lohnanreiz obliegen. In diesem Zusammenhang braucht die Notwendigkeit jüdischer Lehrlingsheime und insbesondere zusätzlicher Lehrlingsausbildung nicht erneut betont zu werden. Bestehende jüdische Lehrwerkstätten wären umzustellen auf die Fortbildung bereits ausgebildeter Lehrlinge.

Darüber hinaus sind alle jene Tendenzen zu fördern, die die jüdische Wohlfahrtspflege zur Arbeitsfürsorge umwandeln könnten. Das jüdische Arbeitsnachweiswesen ist erst im Beginn seiner Entwicklung. Die gegenwärtige jüdische Wirtschaftssituation gibt dem jüdischen Arbeitsnachweiswesen eine neue Begründung seiner Existenz. Dem jüdischen Arbeitnehmer muß die Gleichberechtigung nicht nur von dem nichtjüdischen, sondern auch von dem jüdischen Arbeitgeber erkämpft werden. Dem Problem der Sabbatfreiheit wird mehr Aufmerksamkeit zu schenken sein als bisher, obwohl nicht verkannt werden kann, daß diese Frage nur noch für einen ganz geringen Kreis jüdischer Arbeitnehmerschaft eine Rolle spielen kann. Die Fürsorge für jüdische Strafentlassene, die in den letzten Jahren durch die steigende Kriminalität der Inflationszeit ihre besondere Bedeutung gewann, wird

stärker an jene jüdischen Institutionen zu binden sein, die sich arbeitsfürsorgerischen Aufgaben widmen. Der erfreuliche Beginn einer Produktivierung der Wanderfürsorge ist in den letzten Jahren zu beobachten. Die in Aussicht genommene jüdische Arbeiterkolonie kann allerdings nur ein Anfang sein.

Alle die ange deuteten Tatsachen, Institutionen und Möglichkeiten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich erst um den Beginn einer jüdischen Entwicklung in Deutschland handelt. Sie dürfen insbesondere darüber nicht hinwegtäuschen, daß der allgemeine Strukturwandel der Wohlfahrtspflege die jüdische Wohlfahrtspflege noch kaum berührt hat. Klar muß aber insbesondere für diesen Kreis sein, daß alle wohlfahrtspflegerischen Unternehmungen, und seien sie noch so vollkommen, nur Hilfsmittel sind und bleiben werden. Eine wirkliche Änderung und ein durchgreifender Umbau der sozialen Situation ist nur möglich im Zusammenhang mit einem Umbau der gegenwärtigen Wirtschaftsform. Solange die gegenwärtige Wirtschaftsform

Erneuerungsbestrebungen und Möglichkeiten im jüdischen Heimwesen

Referat Dr. Paula Kronheimer.

Daß sich die Jugend, daß sich vor allem weite Kreise der Jugendbewegung mit den Fragen der Fürsorgeerziehung beschäftigen, ist deshalb so außerordentlich wichtig, weil einmal kaum ein anderes Gebiet der Wohlfahrtspflege gegenwärtig so stark im Zeichen einer allgemeinen Krisis steht und weil es außerdem kaum ein Gebiet der Wohlfahrtspflege gibt, an dem sich die Generationen so scheiden, wie in der Fürsorgeerziehung. Es ist höchste Zeit, daß man sich in diesem Kreise dessen bewußt wird, welche Verpflichtung gerade unsere Generation hat, auf eine Umgestaltung der F.G. im Sinne der Ergebnisse der neuzeitlichen Forschung, sowie im Sinne der gesamten Haltung der heutigen Jugend hinzuwirken.

Die Regenerationsbedürftigkeit der F.G. ist eine so besonders dringliche Forderung, weil sich auf keinem Gebiete die Fehler so heillos auswirken können wie hier. Während wir annehmen können, daß Fehler, die am gesunden Jugendlichen, am gesunden Erwachsenen begangen werden, durch die Kraft und gesunde Veranlagung des normalen Menschen ausgeglichen werden, muß man sich dessen bewußt sein, daß man den sogenannten „gefährdeten“ Jugendlichen häufig als einen Menschen mit psychopathischer Konstitution oder als einen Menschen, der durch Erziehungsfehler seelisch geschädigt ist, anzusehen hat, und daß sich der gefährdete Jugendliche auf Grund dieser Bedingungen nicht in dem Maße, wie der gesunde gegen falsche Eingriffe wehren kann.

Die neuen Forderungen, die man für die Umgestaltung des inneren Betriebes der Fürsorgeanstalten erhebt, rühren von einer neuen Auffassung dessen her, was man unter „Gefährdung“ versteht. Man begreift darunter heute einen Prozeß, der in einem bestimmten Sinne die gesamte innere, meist auch äußere Struktur des Menschen umwandelt, einen Prozeß, der die Entwicklung hemmt und vielfach in der Richtung des Abnormen abbiegt. Daraus ergibt sich, daß man sich bei einer Bekämpfung der Gefährdung nicht mehr mit der Beseitigung der Symptome zu befassen hat, sondern daß man dem inneren Zustand, der die Symptome der Verwahrlosung, des Stehlens, der Unaufrichtigkeit, des Tröges usw. erst erzeugt, ausliefbezurücken hat. (Individualpsychologie, Psychoanalyse usw.)

Gibt es im Hinblick auf die jüdische Gefährdetenfürsorge besondere Probleme? Es sei in diesem Zusammenhang nur kurz auf die Besonderheit durch die rassenmäßige Veranlagung hingewiesen. Das Temperament des jüdischen Menschen erzeugt in höherem Maße als bei vielen anderen Menschen Schwierigkeiten der inneren Gleichgewichtshaltung. Dazu kommt die größere Häufigkeit von Degenerationsercheinungen, welche die Empfänglichkeit für Gefährdung irgend welcher Art erhöhen. Bekannt sind die Sonderbedingungen soziologischer Art. Man weiß, in welchem Maße die Tatsache des Eingegliedertseins des jüdischen Menschen in eine Gemeinschaft von Menschen, die er vielfach als anders empfindet und von der er ebenfalls vielfach anders empfunden wird, vor allem auf den jungen jüdischen Menschen schädigend einwirken kann (Minderwertigkeitskomplexe). Zur soziologischen Bedingtheit rechne ich auch die in hohem Maße zwangsmäßige Eingliederung weiter Kreise der jüdischen Bevölkerung in bestimmte Berufszweige, die für die Entfaltung einer freien und gesunden Mentalität des jungen Menschen ungemein gefährdend sein können.

Ehe wir auf Fragen der Heimerziehung selbst eingehen, haben wir uns klar darüber zu werden, in welcher Weise die Vorbedingungen für die Einweisung in F.E. heute zu erfüllen sind. Das Wichtigste ist, daß man F.E. in allen Fällen als ultima ratio betrachtet, daß man sie erst dann anzuregen hat, wenn wirklich sämtliche Möglichkeiten der freien Unterbringung (in Familien), und der Unterbringung in allgemeinen Erziehungsheimen erschöpft sind. Die Verhängung der F.E. ist unter keinen Umständen deshalb vorzuziehen, weil sie auf öffentliche Kosten geschieht. Zu einer sinnvollen Erfassung der Erziehungsbedürftigen ist notwendig, daß die jüdischen Jugend- und Wohlfahrtsämter Beratungs- und Beobachtungsstellen einrichten, daß in diesen Stellen auch heilpädagogisch geschulte Kräfte arbeiten, die verhindern, daß notwendige Maßnahmen irgend welcher Art nicht rechtzeitig einsehen.

Unhaltbar ist, daß die jüdischen Stellen, die ja in hohem Maße die Verantwortung für die richtige Einweisung von F.E.-Zöglingen tragen, über die Eigenart unserer jüdischen Heime so wenig orientiert sind. Ohne auf das Besondere der einzelnen Heime hier näher einzugehen, seien unsere Anstalten kurz aufgeführt: Fürsorgeerziehungsheim für Mädchen in Köpenick, Fürsorgeerziehungsheim für Knaben in Neppin (die Verlegung nach Wolzig erfolgt, sowie der Bau des neuen Heims fertiggestellt ist), das Heim für geistig Zurückgebliebene in Beeskow (diese drei Heime gehören dem Deutsch-

Israelitischen Gemeindebund), das Heim des jüdischen Frauenbundes in Neu-Jesenburg, seit kurzem das Heim für schwererziehbare Kinder in Marburg und schließlich die jüdische Abteilung der Heilerziehungsanstalt Calmenhof in Idstein.

So wichtig es ist, daß F.E. solange als irgend möglich umgangen werden muß — einfach deshalb, weil unsere F.E.-Anstalten heute ihren Aufgaben nicht oder nicht ausreichend gerecht werden —, so wichtig ist es gleichzeitig, sich darüber klar zu werden, daß grundsätzlich eine Resignation der Heimerziehung gegenüber nicht nötig ist. Es ist selbstverständlich, daß die Familie Werte hat, die die Heimerziehung nicht haben kann; aber ebenso klar ist einzusehen, daß die Heimerziehung ihrerseits eigene pädagogische Gesetzmäßigkeiten, eigene pädagogische Werte (allerdings auch Unwerte) hat, die sich in keiner Weise von dem Wert der Familienerziehung herleiten lassen (Gemeinschaftsbewußtsein, erhöhte gegenseitige Erziehung der Jugendlichen usw.).

Ob aus der Heimerziehung im konkreten Fall das herausgeholt wird, was herausgeholt werden kann, hängt in hohem Maße, ich möchte beinahe sagen: ausschließlich von der Person des Leiters ab. Zu dem, was Fräulein Dr. Eisfelder über den Mangel an guten jüdischen Erziehern gesagt hat, möchte ich noch einiges zur Charakteristik der besonderen Lage des jüdischen Erziehers hinzufügen. Einmal ist zu bedenken, daß die wirtschaftliche und soziale Stellung des jüdischen Erziehers seiner Leistung und seinem Werte absolut nicht entspricht. Es ist höchste Zeit, daß man die wirtschaftliche Sicherstellung des jüdischen Erziehers, die Frage der Altersversicherung, sowie die des Urlaubs und der Freizeit von anderen Stellen aus regeln läßt als von Kuratorien und Vorständen, von deren Gnade abzuhängen ein absolut unwürdiger Zustand ist. Die zweite Problematik liegt in folgendem: es ist klar, daß der Erzieher eines jüdischen Heimes jüdische Werte vermitteln, das Heimleben jüdisch gestalten können muß — Sonderausbildung für jüdische Erzieher! Es ist jedoch nicht angängig, daß die Anstellung von Leitern vielfach von einer bestimmten religiösen oder politischen Richtung abhängig gemacht wird.

Im folgenden will ich nur auf einige wenige pädagogische Fragen der Heimerziehung eingehen, die mir als besonders wichtig erscheinen. Völlig ungelöst halte ich in unseren Heimen die sogenannte sexuelle Frage. Es ist lächerlich, in der „sexuellen Frage“ heute noch lediglich eine Frage der „Aufklärung“ zu sehen. Wenn auch vielleicht die Aufklärung über Geschlechtskrankheiten noch besser durchgeführt werden muß, so ist uns allen doch klar, daß diese Frage mit der Unhaltbarkeit des Zustandes, in dem sich die Jugendlichen in geschlossenen Heimen befinden, nicht das Geringste zu tun hat. In der Mädchenerziehung erscheint mir die Frage der „Alten Jungfer“ als Leiterin oder Erzieherin bisher zu wenig in der Öffentlichkeit beachtet zu werden. Jeder von Ihnen wird das beschämende und peinliche Gefühl kennen, wenn er bei einem Gang durch eine F.E.-Anstalt auf der einen Seite Erzieherinnen vom oben genannten Typus sieht und auf der anderen die sogenannten gefährdeten Mädchen, deren Gefährdung auf Dingen beruht, die dem Menschen, der sie erziehen und „bessern“ soll, irgendwie völlig fremd sind.

Unhaltbar ist natürlich die jahrelange künstliche Absperrung der Jugendlichen vom anderen Geschlecht. Ich halte die Einführung der Koedukation, der ganzen oder zumindest der teilweisen, für unumgänglich notwendig. Mit der Andersgeschlechtlichkeit des Erziehers ist m. E. nichts getan. Erinnerung sei nur an den Bericht, den Schlosser anlässlich der Schulungswoche der J.B.St. von seinem damaligen Heim in Watenhof bei Lübeck gab. — Nur kurz möchte ich die unerhört große Bedeutung der Berufsausbildung der Fürsorgezöglinge streifen. Im Rappiner Heim, auf das ich nicht näher eingehen will, weil es gottseidank bald das Zeitliche geteget haben wird, ist die Frage der Berufsausbildung sehr unbefriedigend gelöst. In Wolzig werden drei Werkstätten gebaut werden, in denen Ausbildung mit Gesellenprüfung möglich ist; außerdem ist landwirtschaftliche Beschäftigung vorgesehen. Hoffentlich erreicht man bald, daß in Köpenick außer der Ausbildung in der Schneiderei auch für die Ausbildung im Haushalt eine geprüfte Meisterin angestellt wird und daß man den Mädchen die Möglichkeit der Ausbildung im Kaufmännischen gibt. Beelitz plant seit langem die Einrichtung von Lehrwerkstätten; es wäre höchste Zeit, daß auch Jsenburg sich diesen Fragen ernster zusetzt. So wenig ideal Calmenhof in Jbstein in mancher Hinsicht ist: bedenken Sie, daß dieses Heim über 23 Lehrwerkstätten verfügt. Ungenügend organisiert und durchgeführt ist die Frage der Unterbringung der Zöglinge in geeigneten Stellen, wobei ich unter „geeignet“ verstehe, daß die Arbeit den Jugendlichen persönlich nicht schädigt und daß sie ihm eine wirtschaftliche Position sichert, wozu notwendig ist, daß man mehr als bisher die allgemeine und die jüdische Arbeitsmarktlage berücksichtigt.

Eine sehr bedeutsame Mitarbeit der Jugendverbände in der F.G. sehe ich in der Gestaltung der Freizeit. Es ist beschämend, wenn man immer wieder den Eindruck bekommt, daß in vielen Heimen Freizeit lediglich Nichtarbeit ist. Es muß darauf hingewirkt werden, daß die Geschlossenheit der Heime so weit gelockert wird, daß die Verbindung mit Jugendbünden religiöser, politischer oder sonstiger Art selbstverständlicher wird, in dem Sinne, daß Jugendliche in das Heim kommen und Zöglinge an dem Leben der Verbände teilnehmen dürfen.

Das traurigste Kapitel der F.G. ist meines Erachtens, daß man in der Einstellung zum Zögling von vornherein von einem Minimum an Qualitäten ausgeht. Das bekundet sich, um das drastischste Beispiel zu wählen, in folgendem: man muß zweifellos in Mädchenheimen hie und da bei einzelnen Mädchen verhindern, daß sie sich nachts gegenseitig besuchen. Die Konsequenz, die man in einer Anstalt daraus zieht, ist die, daß man, häufig genug, mit Hilfe eines Generalriegels sämtliche Einzelzimmer, die, nebenbei gesagt, besser Einzelzellen genannt werden, abschließt*). Von einer andern Anstalt ist folgendes Beispiel zu erwähnen: man ist der Ansicht, daß die Eitelkeit etwas ist, was junge Mädchen gefährdet. Die Folge davon ist, daß man keine Spiegel anschafft. Diese negative Einstellung zum Leben und zu dem, was das Leben für jeden Menschen, „sogar“ für den Fürsorgezögling, bieten kann, geht so weit, daß man

*) Dieser Generalriegel ist inzwischen gefallen.

glaubt, das Heim geradezu pauperisieren zu müssen, „weil die jungen Menschen später ja mit noch weniger, mit noch Schlechterem, mit noch Unschönerem usw. auskommen müssen“! Deshalb ist man auch gegen die Aufstellung von Blumen in den Zimmern. Ganz abgesehen davon, daß man sich auf diese Weise der besten Möglichkeit einer pädagogischen Beeinflussung beraubt, die Strafen weitgehend überflüssig macht, indem man zum Beispiel prinzipiell Selbstverwaltung gewährt, und diese „als Strafe“ nötigenfalls schrittweise entzieht (zumeist haben die Mädchen zu ihren Schränken keine Schlüssel, dürfen ihre Sachen nicht selbst verwalten, mit der Begründung: man darf sie nicht über ihre Sonntagskleider gehen lassen, weil sie sonst durchbrennen), abgesehen von dieser pädagogischen Erschwerung ist die F. E. meines Erachtens eine unethische Angelegenheit, solange sie bei dem Erziehungsbedürftigen prinzipiell von einem Minimum an Qualitäten ausgeht.

Eine Schwierigkeit wurde im Laufe der Diskussion besonders hervorgehoben: gewöhnlich sei die Durchsetzung des Standpunktes einer jungen Erzieherin gegen die Ansichten der Leiterin so gut wie unmöglich. Die Schilderung eines Hamburger Jugendgefängnisses überzeugte davon, daß dieses Gefängnis ein Maß an Freiheit gewährt, für das unsere Fürsorgezöglinge dankbar wären.

Korreferat Dr. Hannah Eisfelder.

Erziehung hat als Hilfeleistung am Kind zweierlei Aufgaben: Sie soll einmal die Anlagen des Kindes zur höchstmöglichen Entwicklung bringen und sie soll als Hilfeleistung an der Gattung das Kind bereit machen für das Ziel, das sich eine bestimmte Gemeinschaft gestellt hat. Infolge der stärkeren oder schwächeren Betonung des gattungsmäßigen Erziehungsideals (ist es parteipolitisch, national, rassenhaft oder religiös betont) erhält die Erziehung mehr oder weniger gestalteten Inhalt, aber auch mehr oder weniger Zwang. Welches individuelle Ziel wird in jüdischen Erziehungsheimen verfolgt und mit welchen Mitteln? Welches gattungsmäßige Erziehungsideal wird in jüdischen Erziehungsheimen verfolgt und mit welchen Mitteln wird versucht, dieses zu erreichen? Die Antwort, die zwar keineswegs auf alle jüdischen und auch keineswegs etwa nur auf die jüdischen Anstalten zutrifft, stellt sich im wesentlichen so dar:

Seit 1830 gibt es in Deutschland — zuerst in Berlin und Breslau — jüdische Waisenhäuser. Die ersten Anstalten wollten meist die Kinder lediglich vor der äußeren Not schützen. Das einzelne Kind war nicht Gegenstand besonderer Betreuung. Das gattungsmäßige Erziehungsideal war die Erziehung zum brauchbaren Staatsbürger (in anderen konfessionellen Heimen: Erziehung zum Kleinbürger). Der Geist der Häuser war kein spezifisch jüdischer, er war von pietistisch-puritanischer Färbung (Einfluß Fröndes). Mittel zur Erziehung: engherziger Zwang mit gutartigen Zügen. Um 1900 herum verschob sich wesentlich die Erziehungsmethode in den jüdischen Heimen. Das gattungsmäßige Ziel blieb zwar unverändert, jedoch

mit größerer Betonung des: „Er soll ein guter Verdienner werden“. Mittel zur Erziehung war in der Regel kasernenhafter Drill, große Betonung des Erlernens mechanisch-intellektueller Dinge.

Charakteristisch für das Leben der Kinder in vielen jüdischen Waisenhäusern um diese Zeit ist die hartherzige Form der Strafen. Du hast Dein Taschentuch verloren — einen Strich. Heute hast Du eine 3—4 im Aufsatz — wieder einen Strich. Am Sonntag werden die Striche der verschiedenen Erzieher zusammengezählt: Jeder Strich bedeutet: eine Stunde später nach Hause gehen. Bei schweren Vergehungen bekommt man gleich drei Striche oder — ganz. Ganz: dann sitzt man am Sonntag in der Anstalt, strickt Strümpfe und Mutter wartet zu Hause vergebens auf ihr Kind. Hat einer etwas Schlimmeres ausgefressen, bekommt er Straßsonntag, d. h. die Striche werden auf den zweiten Sonntag zusammengezogen, an jedem zweiten Sonntag darf man eo ipso nicht fortgehen. Straßsonntag dauert ein halbes Jahr!

Trude R., ein 9jähriges, zartes Mädchen, wurde 1914 in einem der größten jüdischen Waisenhäuser untergebracht. Sie erhielt dort keine besondere körperliche Pflege — das Waisenhaus verfügte über einen besonders hohen Etat, sondern sie bekam besonders viel Prügel. Jeden Morgen gab es Schläge für das tägliche Bettnässen und jeden Mittag, weil Trude nicht pünktlich aus der Schule kam — ihr fiel der weite Weg schwer —, gab es noch extra Ohrfeigen.

Und das alles konnte geschehen, obwohl eine Reihe wohlmeinendster Männer und Frauen der jüdischen Gemeinde im Kuratorium dieses Waisenhauses saßen. Das blinde Vertrauen, das sie den Leitern schenkten, rächte sich an den Kindern.

Heute können wir drei Formen von Waisenhäusern unterscheiden:

1. Die „historischen“ Waisenhäuser mit nur äußerer Reform, die zwar der körperlichen Erziehung des einzelnen Kindes Beachtung schenken (Sport, Wandern), in denen aber die individuelle Erziehung des Kindes nicht berücksichtigt wird. Der Drill weicht geordnetem Befehlen, „man muß ja modern sein“, man übermittelt alte, überlebte Werte; das Wesentlichste ist der äußere Erfolg. Daß nur einzelne äußere Formen moderner Erziehung übernommen werden, ohne den Sinn und den Geist zu erfassen, aus denen sie entspringen, ist an vielen Symptomen deutlich erkennbar. (Völliges Versagen gegenüber psychopathischen Kindern, unaufrichtige Haltung der Kinder gegenüber den Erwachsenen.)

Es ist wohl kein Zufall, daß in zwei Heimen dieser Art gleiche Dinge passieren. Ein psychopathischer, neunjähriger Junge wird von dem Direktor des einen Hauses Gauner Ia. betitelt; dies ist der Vorname des Jungen geworden. In einem anderen nennt der Direktor einen psychopathischen Jungen: der Verbrecher. Spricht man mit Kindern dieser Anstalten, so muß man erschrecken, weil man spürt: hier wachsen Kinder in einer kalten Atmosphäre auf; sie lehnen die Erwachsenen bewußt ab und lernen in geschickter Form lügen, um sich Vorteile zu erringen.

2. Die Waisenhäuser mit innerer Reform, denen nicht mehr Ziel ist, dem Kinde nur beizubringen, was es als Erwachsener braucht, denn „die Natur will, daß die Kinder erst Kinder sind, bevor sie Männer werden“ (Rousseau). Man versucht durchaus, den Kindern die fehlende Familie zu ersetzen und umgibt sie mit Liebe und Vertrauen. Das Problem der gesellschaftlichen Erziehung wird aber auch hier nicht erkannt, „die Kinder müssen für die Not des Lebens vorbereitet werden“, Auslehnung gegen bestehende, verlogene gesellschaftliche Zustände darf nicht verstärkt werden. Der Versuch der Einordnung der Kinder in einen Gemeinschaftskreis, der ihrem Können und Wollen entspricht, wird nicht unternommen.

In diesen Heimen — nicht Anstalten — lügen die Kinder nicht. Sie sind nicht in Kampfstellung gegen den Erwachsenen. Aber es fehlt ihnen eine freie innere Haltung. Man wird an Kinder bürgerlicher Eltern erinnert, mit denen es die Eltern gut meinen, die aber ruhig ihren eigenen inneren Weg gehen, den sie dem Älteren verschweigen.

3. Die wenigen revolutionären Heime (früher Baumgarten, jetzt: Kowno, Ben-Schemen, Ahawah), in denen die Erkenntnis des Eigenwertes der Jugend im Sinne der revolutionären Jugendbewegung durchgedrungen ist. Die Atmosphäre des Hauses ist durch Wärme und Vertrauen gekennzeichnet. Das einzelne Kind wird Gegenstand intensiver Betreuung; weist es Besonderheiten auf, so versucht man, ihm mit den Mitteln modernster psychologischer Erkenntnisse gerecht zu werden.

Der Erfolg ist, daß die Kinder sich nicht nur wohl in ihrem Heim fühlen, sondern stolz auf ihr Heim sind. — Nach einer Vorstellung in einem Kindertheater, zu der verschiedene Waisenhäuser geladen waren, sagte abends beim Waschen die neunjährige Sophie zu ihrer Nachbarin: Hast Du dahinten die armen Waisenkinder gesehen? Nee, ich möchte nicht in einem Waisenhaus sein! — Sophie ist aber bereits, seit sie vier Jahre alt ist, in einem großen, modernen, jüdischen Waisenhaus.

Gattungsmäßiges Erziehungsideal ist nicht die Einordnung in das heutige gesellschaftliche Leben, sondern die Vorbereitung für das „zukünftige, bessere Leben“ (d. h. die Vorbereitung für die kommende Generation, deren Träger die Kinder ja sind), ist ausschlaggebend. (Ziel jeder revolutionären Erziehung: Kant, Fichte, Wagnen.) Nicht Rechte der Erwachsenen gegenüber den Kindern, sondern Pflichten und Verantwortungen herrschen innerhalb der Gemeinschaft. Die Selbstverwaltung der Kinder entwickelt durch ihre Anforderungen die persönlichen Kräfte der sozialen Verantwortung und der Hilfeleistung des Kindes durch praktische Übung.

In den Kinderzungen der Ahawah werden alle wichtigen Dinge, die das Gemeinwesen angehen, besprochen. Es gibt nächste Woche Oktoberferien, was wollen wir tun? Drei Tage eine Fahrt der Größeren; die Kleineren, die sich auch beteiligen, verlangen nach einem Tag — Kochen — Spielen. Die Kinder sehen mit den Erziehern in freier Aussprache zusammen fest, daß die Pflichten geändert werden müssen, es wird kalt. Wer wird Kohlen tragen? Plötzlich merkt ein Kind, daß es Hunger hat — man „ißt“ ja aber auch schon wieder drei Stunden, — keiner merkt, wie die Zeit verging.

Oberste Instanz ist aber der Kinderrat. In ihn gewählt zu werden — höchste Ehre! Er funktioniert nicht immer gleich gut, aber erstaunlich ist doch der Ernst, mit dem die Kinder in ihm arbeiten.

Oben in der Toilette ist es nicht sauber. Kein Erwachsener kümmert sich darum. Die Kinder bestimmen Nachtwachen, immer je zwei Stunden zwei Jungen. In der zweiten Nacht entdecken sie den Übeltäter. Rohes Verprügeln — nein — nur Kinder, die selten das Recht zum Verurteilen haben, strafen grausam. Der Übeltäter ist ein schwächlicher Junge — der Kinderrat beschließt, ihn zum Arzt zu bringen.

Im unmodernen Heim wäre das so verlaufen: Keiner geht eher nach Hause, bis sich der gemeldet hat, der!

Es ist selbstverständlich, daß das sich-nicht-kümmern der Erwachsenen nur scheinbar ist, daß sie im Gegenteil in besonders hohem Maße von den Kindern beansprucht werden. Ist der Erzieher einmal oben in seinem Zimmer, weil er traurig ist über einen dummen Streich der Jungen, so ist sein Fehlen bei der Arbeit und beim Spiel empfindlichste Strafe. Selbstverständlich ist auch, daß die Erwachsenen vor keinem Eingriff scheuen, wenn ein Kind in realer Weise auf sein falsches Tun aufmerksam gemacht werden muß. Nur, daß das Kind auch beim härtesten Eingriff weiß: der Eingriff kommt vom Freund und nicht vom Feind!

Leider muß festgestellt werden, daß es in der Uhuwah nicht möglich ist, die freiwerdende Aktivität des Kindes voll in Positives umzuwerten: Großstadt, unmoderne Schulen, vor allem aber mangelndes, befähigtes Erziehmaterial. Die Erziehergemeinschaft wird nicht durch ein einheitliches, gemeinschaftliches Erziehungsziel zusammengehalten, denn sie entstammen nicht einer Gemeinschaft mit gleichen Zielen. Hinzu kommt der starke Wunsch der Erzieher nach häufigem Wechsel dasebst und nach „komplizierten“ Aufgaben. Nur wenige begnügen sich z. B. damit, auch in der jahrelangen Hingabe und Aufopferung in der Arbeit am kleinen Kinde Genüge zu finden.

Als Zusammenfassung des bisher Gesagten ergibt sich als theoretische Forderung für das Erziehungsziel in Heimen: Organische Synthese der Rousseau'schen Forderung „Zurück zur Natur“ (in moderner Form, Eingehen auf den Lebensrhythmus des Kindes, Inbetrachtziehen seiner individuellen Schwierigkeiten) mit dem gesellschaftlichen Ziel allgemeiner Fassung: Schaffung des neuen Menschen, das Kind hinauswachsen lassen über den Erzieher, nicht den neuen Inhalt in alte Geistes- und Willensform hineinpresse. Das zwischengestellte gattungsmäßige Erziehungsideal muß den Idealen der Schichten entsprechen, denen die Kinder entwachsen (also möglichst bei Kindern proletarischer ostjüdischer Schichten sozialistisch-jüdisch gerichtet sein). Die Berechtigung für den Zwang zur Erziehung zu einem bestimmten gattungsmäßigen Ziel ist nur dann gegeben, wenn es dem Erzieher selbstverständlich ist, daß die Erziehung nicht mit dem Aufbau einer Maschine verglichen werden kann, an der man Teil auf Teil zusammenfügt, damit sie dann mechanisch ablaufen kann, sondern nur darin, daß man den lebendigen Organismus des Kindes zu seiner möglichst größten Entfaltung verhilft, auf daß er sein eigenes Leben lebe und dadurch mithilfe am Leben der kommenden Gemeinschaft.

Hilde Hochwald:

Erneuerungsbestrebungen und Möglichkeiten in Hort und Kindergarten

Die halboffene Fürsorge umfaßt die Tagesheime für Säuglinge (Krippe — bis 1½ Jahre), Kleinkinder (Krabbeltube — 3 Jahre), Kindergärten (3—6 Jahre) und Horte.

Die Tagesheime sind das Bindeglied und die Ergänzung zwischen der offenen und geschlossenen Fürsorge einerseits und der Familie andererseits.

Die Notwendigkeit solcher Einrichtungen ist erst in den letzten Jahren im allgemeinen genügend erkannt worden, ihr großer Wert wird aber gerade in jüdischen Kreisen m. E. noch nicht voll gewürdigt, und hier liegt sicher die Ursache der Hauptmängel unserer Arbeit. Die Tagesheime sind geschaffen worden für all die Kinder, die in der Familie unzureichend versorgt sind, zu deren Schutz vor Verwahrlosung aber Unterbringung in geschlossener Anstalt nicht erforderlich oder nicht ausführbar ist. Es fallen hierunter sowohl die Tagesheime der Großstadt als auch auf dem Lande, Heime, die an Fabriken angegliedert oder in Arbeitervierteln eingerichtet sind, als auch solche in Siedlungsbauten (z. B. Montessori in Rom) und in modernen Gemeinschaftssiedlungen, wie wir sie in Palästina finden.

Die Heime müssen den örtlichen Zuständen und individuellen Bedingungen angepaßt den ganzen Tag geöffnet sein. Die Kinder müssen gut und ausreichend möglichst an allen Mahlzeiten versorgt werden. Diese Grundforderung beweist bereits die absolute Notwendigkeit jüdischer Tagesstätten mit ritueller Verpflegung und Sonnabendruhe. Außerdem sind die Verhältnisse in den ostjüdischen Kreisen, aus denen unsere Kinder wenigstens in Berlin größtenteils stammen, sehr verschieden in Lebenshaltung und Hilfsbedürftigkeit vom entsprechenden Proletariatsmilieu des deutschen Volkstkindergartens. Diesen Gesichtspunkt gilt es für alle unsere Überlegungen festzuhalten. Die Eigenart des Milieus bestimmt unsere Arbeit, und wir müssen versuchen, von vornherein hieraus den Schwierigkeiten der Aufgabe in Verständnis und Anerkennung der gegebenen Zustände gerecht zu werden.

Die Mütter unserer Kinder ernähren oft die ganze Familie, es sind Händler, die überall handeln — auch bei uns. Sie sind oft unpünktlich, anspruchsvoll, unordentlich und durch private unorganisierte Wohltätigkeit durch das „gute jüdische Herz“ zu Schnorrerei und Unzuverlässigkeit erzogen. Doch woher kommt dies alles? Weil sie nur zu häufig ein Leben in Hege und Not führen, vielleicht aus ihre Heimat in Armut und Gefahr haben fliehen und überall in den elendsten, verkommensten Bäckern haufen müssen, die Sorge um viele Kinder haben und jedes Jahr wieder eines gebären, früh verbraucht und alt werden und ein schweres Leben streng nach dem Gesetz im fremden Land, ohne eigentlichen Schutz, immer ins Ungewisse hinein leben. Teils sind die dann froh, uns Verantwortung und Last für ihre Kinder übergeben zu können, teils sind sie durch die Not gegen ihren Willen dazu gezwungen und werden aus übergroßer Sorge und Unkenntnis der Heime ungerecht und anspruchsvoll und erschweren unsere Arbeit.

Damit sei eine wichtige Aufgabe der Tagesheime, die Erziehung der Mütter, der Einfluß in der Familie, angedeutet.

Die Auswahl der Kinder für die Institutionen erfolgt im Zusammen-
arbeit mit der offenen Fürsorge. Voraussetzung für die Ausnahme ist Ab-
wesenheit der Mutter durch Arbeit, Krankheit usw., soziale Notlage, schlechte
Wohnung, Erziehungsschwierigkeiten und anderes mehr. Von den Eltern
soll zur Wahrung ihres Verantwortlichkeitsgefühls und zur wirtschaftlichen
Hilfe der Heime ein entsprechendes Pflegegeld eingezogen werden.

Die Folgen der wirtschaftlichen Not, die körperlichen, geistigen und
sittlichen Schäden gilt es zu verhüten, zu mindern und nach Möglichkeit zu
heilen. Die Richtlinien des Landesjugendamts Berlin enthalten alle not-
wendigen Forderungen über die bloße Unterbringung der Kinder hinaus zur
Förderung ihrer allseitigen Entwicklung. Hier haben die jüdischen Heime
noch manches zu tun, um den modernen, berechtigten Ansprüchen nachzu-
kommen. Es herrscht eine merkwürdige Nichtachtung oder nicht genügende
Beachtung dieses Zweiges der Fürsorgearbeit, die doch besonders zur Ver-
hütung späterer Mißstände beiträgt. Es wird aber gerade hier gespart bei
der Beschaffung geeigneter Räume, an hygienisch notwendigsten Einrich-
tungen, an geeignetem Spiel- und Lehrmaterial, an ausreichender, ange-
messener Bezahlung und Anstellung von Arbeitskräften. Der tägliche Kampf
der für die Heime verantwortlichen Väter mit den übergeordneten jüdischen
Stellen um Einrichtungen und Anschaffungen für die Kinder und um das
eigene Recht vertreibt die Menschen aus der jüdischen Arbeit.

Unsere jüdischen Heime haben noch stärker als andere die Aufgabe,
den Kindern die Angleichung an die außerhäusliche Umgebung zu erleichtern
und ihnen daneben die Werte ihrer Herkunft zu erhalten. Von unseren Er-
ziehern, die häufig im Gegensatz zu den Kindern aus westjüdischem Milieu
stammen, muß deshalb besondere Anpassungsfähigkeit, jüdisches Wissen in
Verbindung mit den deutschen und allgemeinen Kulturwerten verlangt wer-
den, nahe Beziehung zu den Eltern, Kenntnis ihres Milieus und ihrer
Weltanschauung, Achtung vor dem, was uns vielleicht fremd ist und Ver-
meidung aller Situationen, die die Kinder in ernststen Konflikt mit ihrem
Hause bringen können; Ehrlichkeit, Takt und Beherrschung des Jüdischen werden
uns das Vertrauen der Eltern erwerben und uns erst richtig befähigen, den
Kindern in lebendiger Wechselwirkung von Heim und Familie gerade das
zu geben, was nur wir ihnen geben können. Hierzu ist selbstverständliche Vor-
aussetzung eine gute Ausbildung und Befähigung auf pädagogischem, hygie-
nischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. In der besonderen Situation
der ergänzenden Heimsfürsorge liegen die Schwierigkeiten der dauernden Um-
stellung; der Gegeneinfluß der Familie, wie Verhärtung, schlechtes Essen,
Unaufrichtigkeit und anderes sind dauernd fühlbar; man muß mit all den un-
bekannten Größen rechnen, die den nahen Kontakt von Erziehern und Kindern
erschweren und man muß immer wieder von neuem beginnen. Dafür bleibt
den Kindern ihr Familienleben erhalten, die individuelle nahe Beziehung
von Mutter und Kind muß nicht durchbrochen werden, und die Kinder
bleiben verschont von allen Schäden ungenügender Massenerziehung im
Waisenhaus, ohne die sehr wichtige Erziehung in und zur Gemeinschaft zu
entbehren. Gerade für unsere jüdischen Kinder ist diese Ergänzung von

größter Bedeutung, so manche durch Unkenntnis erwachsenden Schäden können zeitig umgewandelt werden; den verzärtelten, schwachen, schlecht gehaltenen, nervösen und körperlich untüchtigen, geistig einseitig geführten Kindern des Ghetto können wir den Weg gehen helfen zu einer gesunden, tätigen und lebendigen Jugend. Es gilt, den gleich starken Einfluß von Familie und Heim zum harmonischen Zusammenklang zu führen.

Vor allem muß mit der Arbeit schon im frühesten Kindesalter begonnen werden, und es ist unbegreiflich, daß es in ganz Deutschland nur eine jüdische Krippe für 14 Kinder gibt, die noch dazu durch private Initiative entstanden ist. Wenn wir gesunden Nachwuchs großziehen wollen, dann dürfen wir nicht vergessen, daß das erste Lebensjahr das wichtigste ist, daß der Keim zu Krankheiten, Verkrüppelung usw. am leichtesten jetzt erstickt werden kann. Es ist schädlich, wenn die arbeitenden Frauen die Kleinsten, die ihre Mütter am meisten brauchen, die zur Mutter gehören, in Heime geben müssen. Wir finden dann die spät entwickelten, gefährdeten Anstaltskinder, die ohne Muttermilch, ohne das primitivste Recht aufwachsen mußten. Mit der bestehenden Krippe sind die allerbesten Erahrungen gemacht worden, sowohl mit der guten Entwicklung der Kinder als auch mit der Dankbarkeit der Mütter und dem weitgehendsten Einfluß, den man auf die richtige Pflege und Erziehung der Kinder durch den freundschaftlichen Kontakt mit den Müttern ausüben kann.

Auch das Kleinkind bis zum dritten Jahr ist bisher stark vernachlässigt worden. Das Alter der Entwicklung zur selbständigen, körperlichen und geistigen Betätigung des Kindes erfordert besondere Aufsicht und Pflege. Das sind die Kinder, die ins Bett gesteckt und eingeschlossen oder auch unter der Aufsicht alter Verwandter oder der Geschwister gelassen werden und dadurch in ihrer Entwicklung behindert und geschädigt bleiben, was später mit sehr viel mehr Mühe, Zeit und Geld kaum wieder zu beheben ist. Durch Schaffung von mehr geeigneten Tagesheimen könnte hier viel verhindert und gebessert werden. Es gibt nur in Berlin drei solcher Heime, zwei davon werden von christlichen Pflegerinnen geleitet, weil es angeblich und wohl tatsächlich keine geeigneten jüdischen Kräfte gibt. Die Arbeit gilt als minderwertig und ist auch recht anstrengend, jedenfalls gehört gerade hierzu gute Ausbildung und Erfahrung hygienischer, pädagogischer und wirtschaftlicher Art, wie Ausdauer, Geduld und Liebe zur Kleinarbeit. Bei ihrer Notwendigkeit in der Hilfe für Mutter und Kind und dem Vordreß der kleinen, werdenden Menschen ist es fast unbegreiflich, daß dieser sehr ausbaufähige Beruf bisher so wenig gewürdigt wird. Jüdische Kindergärten gibt es im Reich etwa 35, davon ungefähr zehn in Berlin, mehr und minder gut in Einrichtung und Führung. Besonders die hygienische Seite dieser Arbeit ist, wie schon erwähnt, bei uns zu betonen und entsprechend in der Vorbildung der Kindergärtnerinnen weit mehr zu beachten, da ja ärztliche Kontrolle allein den Zweck nicht erfüllt und wieder die Beeinflussung der Familie hier sehr wertvoll ist. Im Anschluß daran sei auf die Einrichtung von Elternabenden hingewiesen, die sich nicht ganz leicht in diesen Kreisen durchsetzen werden, aber sicher viel Anregung und Erfolg haben können.

Die Kindergärten sind heute noch vorwiegend Einrichtungen von Vereinen und entbehren daher der Einheitlichkeit und der richtigen Auswahl der Angestellten. Hier rückt die eigentliche Erziehungsarbeit immer mehr in den Vordergrund. Das bewußt jüdische Moment, die besondere orthodoxe oder zionistische Einstellung fangen hier bereits an eine Rolle zu spielen, und es scheint vor allem notwendig, gemeinsame Grundlagen und eine gemeinsame Zielrichtung zu gewinnen, um zu positiver, erfreulicher Arbeit zu gelangen. Klare Einstellung des Erziehers, wie weit sein Recht der Beeinflussung geht, worin und wozu er erziehen darf, ohne andere zu verletzen, ohne die Allgemeinheit zu schädigen, Rücksicht auf Eltern und Kinder und die Bereitschaft, von ihnen zu lernen und dies in die Arbeit einzubeziehen, das sind jedenfalls angedeutet die Aufgaben, die für die Hortarbeit zu beachten sind.

Horte gibt es etwa 25 im Reich. Hier kommen die neuen Aufgaben, die die Schulen in das Leben der Kinder bringen und erste Berufsfragen hinzu, und da bestehen natürlich Unterschiede zwischen den Schülern jüdischer und öffentlicher Schulen. Auf jeden Fall soll der Hort das Gegengewicht zur Schule bilden und mehr als die intellektuellen die körperlichen und seelischen Bedürfnisse des Schulkindes zu befriedigen suchen. Daß daneben besonders für die schlecht deutsch sprechenden Kinder der Horte eine Hilfe zum Einleben in die Schule sein soll, ist selbstverständlich. Für die heranwachsenden Kinder ist die enge persönliche Beziehung zum Erzieher und das Gemeinschaftsleben wertvoll, es darf nur nicht vergessen werden, daß das Kind erst einmal in die Familie gehört, daß es ihr nicht entfremdet und sich seiner Verpflichtungen der häuslichen Gemeinschaft gegenüber nicht durch das sorgenfreiere und unpersönlichere Leben des Hortes entziehen darf. Bei den ältesten Kindern werden wir auch hier schon die Problemstellung der heutigen jüdischen Familie finden (der Jugendliche, der die Umwelt ablehnt, das Ghetto bewußt auf sich nimmt oder vielleicht in einer bestimmten Idee (Zionismus) den Weg sieht, innerhalb des Jüdischen mit oder gegen die Eltern, oder der andere Fall des sich loslösenden, aus der strengen Enge und Autorität in die Freiheit und Weite der neuen Umgebung strebenden jungen Menschen, der unsere Hilfe braucht, vielleicht im Kampf mit den Eltern). Jedenfalls muß der Erzieher im Hort um diese Dinge wissen, Eltern und Kinder kennen und beiden vielleicht in persönlicher Anteilnahme über das wirtschaftliche, allgemeine hinaus helfen wollen und können.

Wir scheint besonders für das Erzieherpersonal eine ergänzende Ausbildung auf allen Gebieten des Jüdischen unbedingt erforderlich, um unseren speziellen Aufgaben gewachsen zu sein. Darüber hinaus mehr als dies heute der Fall ist, Kenntnis der sozialen Arbeit und wirtschaftliche, vor allem aber hygienische Vorbildung. Und hier ist der jüdischen Öffentlichkeit der erneute Vorwurf zu machen, daß für orthodoxe Menschen, besonders aus wirtschaftlich schlechtgestellten Kreisen, die Ausbildungsfrage absolut ungelöst ist und dringend einer Reform bedarf. Andererseits besteht die traurige Tatsache, daß es verhältnismäßig wenig junge Menschen gibt, die fähig sind, selbständig und verantwortungsvoll ein Heim gut zu führen, die den Anforderungen gewachsen sind, nicht nur den Kindern und Eltern, sondern auch

den Mitarbeitern und den Stellen gegenüber, an die wir im Interesse der Arbeit und der Arbeitenden diese Forderungen stellen.

Im gesamten Gebiet des Tagesheimarbeit ist für die Jugend der Jugendblinde die Möglichkeit gegeben, produktiv (für sich und für die Sache) mitzuarbeiten. Mädchen können bei den Säuglingen und Kleinkindern, in der Wirtschaft und bei älteren Kindern, Jungen vor allem im Hort helfen, beim Sport, Handwerk und Spiel, in Lesestuben und Tageskolonien. In den Ferien werden einigermaßen befähigte Helfer, die regelmäßig kommen und willig sich einordnen, zum Nutzen aller Parteien mitarbeiten können, und vielleicht ist dies ein Weg, geeignete neue Kräfte für uns zu gewinnen.

Dr. Georg Lubinski:

Jugendpflegearbeit der Jugendbewegung

Zunächst eine prinzipielle Frage: warum überhaupt Jugendpflegearbeit? Die Jugendbewegung legt mit Recht Wert auf die Beantwortung dieser Frage, weil sie allen Anlaß hat, Bestrebungen, die von staatlichen Einrichtungen oder von Gemeinden ausgehen, zunächst einmal mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberzustehen. Die Frage beantwortet sich von selbst, wenn wir uns darüber klar werden, daß die jüdische Jugendbewegung nur einen Teil der gesamten Jugend erfasst. Die Jugendbewegung hat soziologische Grenzen: ihr gelingt es in der Regel nicht, in jüdische proletarisierte Schichten hineinzukommen. Sie hat auch psychologische Grenzen: sie erfasst nur einen bestimmten Typ der Jugend. Es bleibt eine große Zahl von Unorganisierten übrig, deren Erfassung heute mehr und mehr zu einer selbstverständlichen Aufgabe wird.

Die Jugendpflegearbeit soll neben der Arbeit der Jugendbewegung nur subsidiären Charakter haben. Sie soll erst dann einlegen, wenn die Jugendbewegung ihre Aufgabe der Erfassung nicht erfüllt. Sie wird daher von vornherein in der Regel mit einer anderen sozialen Schicht zu rechnen und ihre Methoden hiernach anzupassen haben.

Der Jugendpflegearbeit stellen sich im Vergleich zur Arbeit der Jugendbewegung eine Reihe von Schwierigkeiten dar. Die Arbeit der Jugendbewegung steht unter einer leitenden Idee, der Bund stellt Forderungen an die Einzelnen, die freudig erfüllt werden. Der Führer braucht pädagogisch nicht besonders erfahren zu sein, weil die gesamte Arbeit vom Bunde, d. h. von einem Gesamtbewußtsein getragen wird.

Anders die Jugendpflege. Ihr fehlt diese leitende Idee. Der Einzelne stellt Forderungen an die Jugendpflegegruppe. Er fragt: was habe ich davon, was gibt sie mir? Er ordnet sich nicht freiwillig unter, denn Unterordnung kennt er von der Schule und von der Arbeitsstelle her. Hier will er einmal frei sein, will umworben werden, will die Menschen, die ihm sonst als Vertreter der sozial bessergestellten Klasse erschienen sind, herabziehen. Er will Unterdrückung, die er selbst erfahren hat, an den Führern vergelten.

Es gibt eine Schicksalsfrage der Jugendpflegearbeit. Sie muß dem jungen Menschen ein Gesamterlebnis vermitteln können, durch das er in seiner ganzen Lebenshaltung geformt und gestaltet werden kann. Wird die Schaffung dieses Erlebnisses bei uns erreicht?

Die Frage ist nicht immer ohne weiteres mit „ja“ zu beantworten. Bestimmt macht der Jugendliche in der Zeit, in der er sich in der Jugendpflegegruppe aufhält, keine besonders großen Dummheiten. Es bleibt ihm hierfür noch Zeit genug übrig.

Die Frage der Beeinflussbarkeit und somit der Verschaffung des Gesamterlebens ist sehr stark eine Frage des Alters. Eine Beeinflussung kann erst dann vor sich gehen, wenn zwischen dem Führer und seiner Gruppe ein innerer, geistiger Kontakt geschlossen ist. Die „Übertragung“ muß sich vollziehen: d. h. der Jugendliche muß Liebesbindungen, die bisher zwischen ihm und einzelnen Familiengliedern bestanden haben, auf den Führer übertragen. All das kann nur gelingen, wenn die Arbeit bereits während der Pubertätszeit begonnen wird. Die geistige Konstitution des Jugendlichen in dieser Zeit kann durch eine Anschlußbereitschaft (Ergänzungsbedürftigkeit) charakterisiert werden. Eines kommt noch hinzu. Während die Älteren Surrogate für eine echte Geselligkeit sehr leicht haben, fehlen diese bei den Jüngeren fast völlig. Unsere Gesellschaft berücksichtigt fast ausschließlich den Erwachsenen. Alle Vergnügungen, Theater, Kino, Tanz sind auf den Erwachsenen eingestellt. Außerdem ist der Erwachsene, wenn auch unzufrieden, so doch abgefunden, während der Jugendliche in der Pubertätszeit die Unvollkommenheit des Daseins, soweit er sie persönlich erfährt, als sein persönliches Unglück empfindet. Daher ist er für Versuche einer kollektiven Sinngebung des Daseins leichter empfänglich.

Träger der Jugendpflegearbeit müssen Menschen aus der Jugendbewegung sein. Sie kennen die Mentalität des Jugendlichen. Sie können ihn noch einigermaßen verstehen. Allerdings werden der freien pädagogischen Entfaltung des Führers noch starke Widerstände entgegengesetzt. Die meisten Gruppen stehen in jeder Beziehung in Abhängigkeit von Vorständen und Kuratoren, die diese Gruppen finanzieren, ihnen Gesinnungen oder besser Gesinnungslosigkeit, Zielsetzungen und alles andere vorschreiben. Aber das Interessante ist dabei, daß dies alles unter dem Anspruch der Neutralität vor sich geht. Neutralität bedeutet in unserer jüdischen Gesellschaft die Meinung der jeweils herrschenden Mehrheit, und diese ist bürgerlich und meist nicht zionistisch. Was sozialistisch oder zionistisch ist, ist nicht neutral. Neutralität wäre zu definieren als die Gesinnung des jeweiligen Vorstandes, vereinfacht — soweit es noch erforderlich ist — für den Gruppenegebrauch geistig nicht sehr regsamere Jugendlicher.

Dabei ist die Behandlung eines sozialen Problems bei uns noch nicht so gefährlich wie die Behandlung des nationalen Problems. Man sieht eben, daß der Sozialismus trotz zehn Millionen sozialdemokratischer Wähler in Deutschland im wesentlichen die Ruhe des Bürgers nicht stört, während der Zionismus ja in Wirklichkeit Familien auseinanderreißen kann. Man würde aber den Jugendgruppen das größte Unrecht tun, wenn man es versuchen wollte, ihnen künstlich Probleme des sozialen und nationalen

Lebens vorzuenthalten. Der Führer muß sich energisch gegen jede Beschränkung seiner Meinungsfreiheit wenden, wenn er auch nicht Probleme künstlich an seine Gruppe herantragen und ausgesprochene Propagandaaarbeit leisten soll. Wir müssen uns darüber klar sein, und es andern klarmachen, daß es besser ist, eine bestimmte Gesinnung zu haben, als aus Furcht vor einer Festlegung die großen sozialen Probleme unerörtert zu lassen. Wenn man unseren Führern das Recht nimmt, das letztlich Wahre zu sagen, ist alle Bemühung überflüssig, und es bleibt nur ein „teetrinkender Verein“ übrig.

Ich gehe nun zu Vorschlägen über den Inhalt der Arbeit über. Man soll die Gruppen zunächst möglichst bequem einrichten (Radio, Zeitungen, Spiele), ihnen ein Heim geben und auf diese Weise eine äußere Veranlassung schaffen, zusammenzukommen, bei der der Pädagoge im Hintergrund bleibt.

Für die Praxis wichtig ist die Frage der Koedukation. Die Bildung von gemischten Gruppen, die aus Jungen und Mädchen bestehen, wird von den Jugendlichen naturgemäß stark begrüßt. Die Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, daß die erotische Spannung jede gemeinsame Arbeit erschwert, sind nur dann zu beheben, wenn die gemeinsame Erziehung schon früh begonnen hat. Es muß unsere Aufgabe sein, die gegenseitige Achtung und Wertschätzung der Geschlechter im Sinne der Jugendbewegung durch Aussprache und selbstverständliches, natürliches Verhalten lebendig zu machen.

Zur Frage des Stoffes sei folgendes gesagt: Man soll all den Dingen den Vorzug geben, die nicht direkt intellektualistisch sind: Sport, Wanderungen, Singen, manuelle Beschäftigung, die einem praktischen Bedürfnis dient, sind für Jungen sehr wichtig und schließen eine Gruppe stark zusammen. Ist ein Interesse für geistige Dinge vorhanden, so soll man möglichst von aktuellen Problemen ausgehen. Auch die Frage des Berufes, die in das Leben des Jugendlichen tief einschneidet, ist von großer Bedeutung. Das Vertrauen des Jugendlichen muß durch Anteilnahme an seinem persönlichen Schicksal, durch Kenntnis seiner Familien- und Berufsverhältnisse erworben werden.

Die Werbung der Jugendlichen geschieht im wesentlichen auf Grund der Berührung einer Familie mit dem Wohlfahrtsamt. Wir müssen aber dafür sorgen, daß die Gruppe keinen Wohlfahrtscharakter bekommt und sich demgemäß nicht auf solche Jugendliche beschränkt, die durch das Wohlfahrtsamt kommen. Wichtig sind eigene Namen für diese Gruppen und stärkste Förderung der Beziehung zum Wohlfahrtsamt. Öffentliche Bescherungen, die nur das Herz des Gebers erfreuen, wenn er sozusagen die Augen des Beschenkten aufleuchten sieht, und die daher mehr öffentliche Beschämungen sind, müssen gänzlich unterbleiben. Ein Wort wäre zum Schluß noch über den Mißbrauch, der mit Feiern getrieben wird, zu sagen. Manche Gruppen stehen monatelang im Zeichen des „nahenden“ Chanukkahfestes. Jede vernünftige Arbeit ist unmöglich, es herrscht etwas von der Psychose des „Reinemachens“, die eine bekannte Hausfrauenkrankheit ist. Selbstverständlich haben auch schon die Vorbereitungen für solche Feiern einen gewissen pädagogischen Wert, weil sie die Gruppen zusammenschließen. Sie haben aber,

abgesehen von dem Zeitaufwand, eine große Gefahr, weil der Inhalt dieser Feiern mit ihren schlechtgereimten Gedichten, mit ihrer Anspielung auf jüdisches Familienleben, das nicht mehr existiert, keineswegs Ausdruck der seelischen Lage unserer Jugend sind.

Martin Sobotter:

Tatsachen aus dem Leben des jüdischen Jugendlichen der Großstadt

Die soziale Not der jüdischen Jugend der Großstadt unterscheidet sich nicht wesentlich von der sozialen Not der Jugend überhaupt. Wohl bedingt das jüdische Elternhaus z. B. in Erziehungsfragen und unser Judesein insbesondere in Berufsfragen eine unterschiedliche Behandlung. Diese Verschiedenheiten sind aber nicht so groß, daß man mit völlig anderen Ergebnissen bei einer Untersuchung der jüdischen Verhältnisse zu rechnen hätte. Daher soll hier nicht von Dingen gesprochen werden, die jeder von uns, der der Jugendbewegung nahesteht, aus eigener Erfahrung kennt, von den sozialen Typen der Jungen und Mädchen in der Jugendbewegung und von Mitteln und Wegen, die die Bünde zur Behebung der sozialen Not gehen.

Die Tatsachen lassen sich auch schon deshalb nicht in großer Zahl aneinandereiheilen, da man die Seelennot der jüdischen Jugend eben nicht in seelenlose Statistiken und Kartotheken einfangen kann, um sie zur gegebenen Zeit zu Anknüpfungspunkten von Hilfsmaßnahmen zu machen. Die Grundursache der akutesten Jugendnot ist immer die wirtschaftliche Not.

(An dieser Stelle führte der Referent einige Beispiele jüdischer Jugendnot an, die er im letzten Jahre aus seinem nächsten Umkreis, nämlich seinem Bunde, kennen lernte und zu erledigen hatte. Die Beispiele wurden durch Vorlesen von Briefstellen veranschaulicht, aus denen sich die furchtbare wirtschaftliche und zum Teil auch sexuelle Not der Jugendlichen ergab.)

Welche Möglichkeiten bestehen, um dieser Not zu begegnen? Hier kommen zunächst die Jugendberatungsstellen in Frage. Das Landesjugendamt Berlin hat besondere Jugendberatungsstellen eingerichtet, die ihre Tätigkeit auch auf den Kreis von Jugendlichen ausdehnen, die bisher noch nicht von „amtswegen“ betreut worden sind. Es besteht ein Bedürfnis, besondere Beratungsstellen für jüdische Jugendliche zu schaffen. Ein Teil unserer Jugend wird zwar auch jüdische Jugendberatungsstellen nicht aufsuchen, da sie aus einer religiösen oder antireligiösen Haltung nicht das nötige Vertrauen haben werden. Die Jugendberatungsstellen müssen aber frei von aller Bevormundung sein, lediglich das liebevolle Verständnis der Helfer muß hier entscheiden. Selbst wenn nur wenige diese Stellen, die abseits von der Bürokratie geschaffen werden müssen, besuchen und diesen wenigen geholfen wird, hat sich die Einrichtung bewährt.

Da, wo besondere Jugendberatungsstellen nicht geschaffen werden können, müßte versucht werden, durch eine bessere Schulung der ehrenamtlichen Pfleger darauf hinzuwirken, daß zum mindesten eine grundlegende Änderung in der Behandlung des inneren Menschen eintritt. Die Jugendberatungsstellen werden ihre Aufmerksamkeit den Berufsfragen zuwenden müssen.

Für die Berufsfragen sind wichtige Vorbereitungsstätten die Schulen, die aber diese Aufgaben bisher nur unvollkommen erkannt haben. Wir müssen darauf hinstreben, daß der innere Zusammenhang zwischen Beruf und Persönlichkeit erkannt und bewußt wird. Die bei den jüdischen Eltern und oft auch bei deren Kindern leider so stark vertretene „materialistische Berufsauffassung“, wie ich sie nennen will, steht in keiner Verbindung mit dem Beruf.

Jugendbewegung, Berufsberatungsstellen und Schule müssen den Fragen der Berufsethik ihr größtes Interesse zuwenden. Die Jugendbewegung darf nicht bei Förster und Spranger stehenbleiben. Ein weiterer Weg, um den Jugendlichen das nötige Verständnis für den künftigen Beruf zu geben, ist die Berufsaufklärung. Es genügt nicht, nur Fragebogen für die später einzusetzende Berufsberatung auszufüllen, sondern es muß rechtzeitig eine Berufsaufklärung stattfinden. Wieder sind es die drei Faktoren jüdische Schule, Jugendbewegung und -pfleger, die für diese Arbeit geschult werden müssen. Die Jugend entscheidet die Berufsfrage nicht selbst, sondern wird durch Eltern und Erzieher beeinflusst. Ich will in diesem Zusammenhang auf das verständnislose Hineindrängen in aussichtslose akademische und kaufmännische Berufe verweisen.

Anlaufpunkte für eine Berufsaufklärung hat die jüdische Jugendbewegung durch die sogenannten Wertheime geschaffen. Während diese bisher nur die Jüngsten mit Basteln beschäftigen, muß es erreicht werden, daß durch Wertheime den jüdischen Lehrlingen der Großstadt, die zu Hause keine ausreichenden Aufenthaltsräume haben, die Gelegenheit des Aufenthaltes und der weiteren beruflichen Fortbildung gegeben wird. Jetzt liegt es so, daß diese Kreise, soweit sie nicht zur Jugendbewegung gehören, in weitestem Maße dem Judentum verloren gehen.

Zur Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Not im engsten Kreise machen heute einige Bünde direkt und indirekt den Versuch, eigene Berufsberatungsstellen zu schaffen. Diese Versuche erscheinen aber nicht zweckmäßig, zumal hier das Gesamtproblem in sozialpädagogischer, volkswirtschaftlicher und jugendpsychologischer Beziehung nicht in dem Maße bekannt sein kann, wie innerhalb der öffentlichen Berufsberatung. Es kommt stärker auf eine planmäßige Mitarbeit der Jugendbewegung durch Teilnahme an Sprechstunden der Berufsberatung und durch ständige Aussprache an. Hiermit hängt eng die Frage der nachgehenden Berufsfürsorge zusammen. Hierunter ist eine Kontrolle der Arbeitsstelle in bezug auf Vermöglichkeiten, Ausbildungsfragen und eine Verständigung mit dem Arbeitgeber hierüber zu verstehen. Es ist dies ein besonderes Arbeitsgebiet für die Jugendbewegung.

Über das Berufliche hinaus ist eine besondere Betreuung derjenigen Lehrlinge erforderlich, die von der Gemeinde in Pflegestellen gegeben sind.

Auch diese Betreuung sollte in erster Linie durch junge Menschen ausgeübt werden.

In engster Verbindung hiermit steht die Frage der Arbeitslosigkeit der jüdischen Jugend. Die Erwerbslosigkeit von Jugendlichen, die im Augenblick nicht allzu stark ist, erfordert aus beruflichen und sittlichen Gründen eine straffe Organisation. In den Prozeß seelischer und körperlicher Reife, den der Jugendliche durchmacht, bricht plötzlich die Erwerbslosigkeit herein, die die Not im Elternhaus und die eigene seelische und wirtschaftliche Not noch erhöht. Das geht so weit, daß der Glaube an die eigene Zukunft vernichtet wird. Wo die Großgemeinden keine eigenen jüdischen Werkheime schaffen, müssen die Jugendlichen in die städtischen Heime überführt werden und dort insbesondere durch jüdische Führer betreut werden.

Die Reverso des Berufsproblems ist das Freizeitproblem. Ich möchte in diesem Zusammenhange auf einen in Nummer 4 der „Jüdischen Arbeits- und Wanderversorge“ veröffentlichten Aufsatz von Lubinski hinweisen. Dieser Aufsatz hat im „Israelit“ eine, wie mir scheint, ungerechtfertigte, äußerst scharfe Kritik erfahren. Die Bedeutung der Freizeit wird in diesem Aufsatz so charakterisiert: „Die Freizeit bietet die Chance, mehr nicht als die Chance, den berufstätigen Jugendlichen zum Teilhaber an der gesellschaftlichen Kultur zu machen. Daß diese Teilhaberschaft sich nicht in meßbarem Wissen erschöpft, sondern eine den ganzen Menschen betreffende Haltung ist, bedarf keiner Hervorhebung.“

Ich möchte dem noch den besonderen Wunsch hinzufügen, daß die jüdischen Gemeinden gerade ihren jugendlichen Arbeitnehmern gegenüber diesem Freizeitproblem ihre volle Beachtung schenken. Für die Ausfüllung der großen Sommerfreizeit, besonders für diejenigen Jugendlichen, die nicht innerhalb einer Gruppe der Jugendlichen auf Fahrt gehen oder in ein Jugenderholungsheim gehen können, ist die Veranstaltung acht- bis vierzehntägiger Wanderungen, möglichst mit feststehendem Lager, unter einem Führer anzustreben. Das hat mehrere Vorteile. Die Jungen und Mädchen werden pädagogisch beeinflusst und körperlich gekräftigt. Sie sind sich nicht selbst überlassen, sondern leben in jüdischer Gemeinschaft. Hierbei können sich mehrere Städte verbinden und die Wanderungen und Freizeitlager nach Vereinbarung einrichten.

Ich möchte endlich noch auf eine gerade in neuester Zeit aufgetretene Schwierigkeit der Berufswahl hinweisen: dies ist die Frage des Boykotts jüdischer Arbeitnehmer. Es wird heute auch jüdischen Lehrlingen immer schwerer, in industrielle Großbetriebe einzudringen. Gerade hier ist eine starke Schranke, die der Berufsumschichtungsbewegung gesetzt ist.

Der Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände muß mit all den jüdischen und öffentlichen Stellen zusammenarbeiten, um das Material über die Boykottbewegung zu erfassen, soweit es Jugendliche betrifft.

Ich möchte weiterhin nur noch kurz auf ein Problem eingehen, das als Jugendproblem bei uns überhaupt noch nicht gesehen worden ist: es ist die Fürsorge für strafällig gewordene jüdische Jugendliche. Die Zahl dieser Jugendlichen ist gar nicht so gering, wie wir häufig genug annehmen. Die Fürsorge für diese Menschen nach der Entlassung liegt fast

ausschließlich in Händen von Nichtjuden, die nicht immer den Bedürfnissen jüdischer Menschen genügen können.

Ähnlich liegt es auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung, auf das ja bereits in anderem Zusammenhange eingegangen worden ist.

Alle Bemühungen zur Verbesserung der Lage der jüdischen Jugendlichen müssen ihren örtlichen Mittelpunkt in einem Jugendheim haben. Das Jugendheim soll all denen zunächst ein Heim sein, die es aus wirtschaftlichen oder familiären Gründen entbehren müssen. Es soll für die gesamte Jugend der Ort sein, an dem sich ein einheitliches Jugendleben abspielen kann. Die Schaffung derartiger Jugendheime ist wichtiger als die Schaffung eines jüdischen Sportplatzes, wie er soeben von der Jüdischen Gemeinde Berlin beschlossen worden ist.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als den Fortbestand eines Teiles unserer Jugend.

Dr. Georg Lubinski:

Anfangspunkte ehrenamtlicher Jugendarbeit in Wohlfahrtskommissionen

Dr. Lubinski sprach zunächst über die Aufgaben der örtlich dezentralisierten Bezirkswohlfahrtskommissionen: Es sind Gremien, die in der Wirtschaft-, Jugend- und Gesundheitsfürsorge über allgemeine Prinzipien der Arbeit und Einzelfälle Beschluß fassen. Die Zugehörigkeit zu diesen Kommissionen ist von Seiten der Jugendverbände zu erstreben, ebenso ist auch die Angehörigkeit zu Kuratorien anzustreben, und zwar wird, um sich durchzusetzen, oft eine absolut kämpferische Haltung nötig sein. Der Eintritt in das Kuratorium bedeutet das Hineingehen in Anstalten, das Kennenlernen dieser und genaueste Informierung über das, was an Reform bzw. Umwälzung zu erstreben ist. In jedem Falle ist eine enge Zusammenarbeit des in das Kuratorium gewählten Jugendlichen mit dem örtlichen Landesauschuß erwünscht. Bei dauerndem Mißerfolg in der Art, daß der Jugendliche bei den anderen Kuratoriumsmitgliedern nichts erreicht, wird eine Niederlegung des Mandats unvermeidlich sein. Unerläßliche Voraussetzung für jeden Jugendlichen, der ein Mandat im Kuratorium innehat, ist, daß er mindestens vierteljährlich dem Landesauschuß gegenüber Rechenschaft über die Führung seines Amtes ablegt. Dieses gilt auch für jugendliche Mitglieder von Wohlfahrtskommissionen. Hierbei muß noch besonders erwähnt werden, daß es für die jungen Kräfte bei konstantem, ablehnendem Verhalten der Alten manchmal wichtiger ist, es zu einem Bruch kommen zu lassen, als in dem alten, nicht immer zu bejahenden Geleise mitzutun.

Der Weg, in die Wohlfahrtskommissionen und Kuratorien zu kommen, wird gewöhnlich in der Form mit Erfolg beschriftet werden können, daß

Orts- oder Landesausschüsse verlangen, an der Sache mitzuarbeiten. Bei Heimen, in denen besondere Mißstände herrschen, empfiehlt sich der Weg über die politischen Parteien im Gemeindeparlament.

Man könnte Zweifel hegen, ob es zu rechtfertigen ist, als Minorität sich in derartige Gremien zu begeben, aber sowohl vom Standpunkt der kämpferischen Jugend, als auch vom Standpunkt der Wohlfahrtspflege ist es in Anbetracht der Erneuerung und Schaffung eines geeigneten Nachwuchses solcher Gremien überaus erwünscht.

Besonders betont wird noch, daß auch die Kritik nicht übertrieben werden darf, sondern, daß vor allem zahlreiche Kleinarbeit zu leisten und ernst zu nehmen ist.

Eine Schulung der Mitarbeiter innerhalb der Kommissionen ist erforderlich. Ein Überblick über die Hilfsmöglichkeiten im Rahmen der Gemeinde, eine Kenntnis der Gesetzgebung muß gegeben werden.

Zum Schluß wies Lubinski noch auf die besondere Wichtigkeit dieser Schulung hin: Kenntnisse der allgemeinen Lage und der besonderen Verhältnisse der betreffenden Kommissionen sind die Schlüssel zur Mithilfe an der praktischen Wohlfahrtsarbeit.

Resolutionen

I. Allgemeines.

1. Ausschuß.

Zur Auswertung der Ergebnisse der Tagung wird ein besonderer Ausschuß, bestehend aus:

Edith Cohn,
Hanna Eisfelder,
Hilde Hochwald,
Paula Kronheimer,
Mag Kreuzberger,
unter Mitarbeit der Reichsausschußmitglieder
Ludwig Tieß und Georg Lubinski

gewählt. Der Ausschuß hat folgende Aufgaben:

- a) Zusammenschluß der beruflichen und nichtberuflichen jüdischen Sozialarbeiter, die der jüdischen Jugendbewegung entweder noch angehören oder angehört haben oder sich mit ihren Bestrebungen solidarisch erklären.
- b) Sammlung, Prüfung und Behandlung von aktuellen Mißständen in der gesamten jüdischen Wohlfahrtspflege.
- c) Informierung und Beeinflussung der Öffentlichkeit im Sinne von a) und b).

II. Halboffene und geschlossene Fürsorge.

1. Waisenhäuser und Erziehungsheime.

Das gegenwärtige jüdische Anstaltswesen zeigt drei verschiedene Typen von Anstalten:

- a) Anstalten alten Stils,
- b) Anstalten mit äußerer Reform,
- c) Anstalten mit innerer neuer Form.

Die Anstalten alten Stils sind in pädagogischer, hygienischer und menschlicher Hinsicht unzureichend. Die Mitarbeit jüngerer Kräfte in diesen Anstalten erscheint nicht als geeignetes Mittel zur Abschaffung dieser Mißstände, die nur durch Änderung der Leitung und der Kuratorien erreicht werden kann.

Die Anstalten mit äußerer Reform erfordern vom rein caritativen Standpunkt aus keine besonderen Maßnahmen.

Den Anstalten mit neuerer innerer Form fehlt ein Nachwuchs an ausdauernden und opferbereiten Mitarbeitern.

Durch Regelung der Arbeitszeit, Schaffung genügender Freizeit und Freiheit in der Gestaltung der Lebensführung und durch ausreichende Besoldung ist diesem Mangel entgegenzutreten.

Den Insassen der Waisenhäuser, Lehrlingsheime, Erziehungsheime, soweit sie das 12. Lebensjahr vollendet haben und nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, ist die Zugehörigkeit zu jüdischen Jugendblinden zu gestatten.

2. Die Fürsorge-Erziehung ist in ihren Ergebnissen heute durchaus fragwürdig; ob im Rahmen der Fürsorge-Erziehung überhaupt eine Erziehung möglich ist, kann nicht abschließend beurteilt werden.

Immerhin sind im Interesse der jetzt in jüdischen Fürsorge-Erziehungsanstalten befindlichen Jugendlichen alle Bestrebungen zur Erneuerung der Fürsorge-Erziehung zu unterstützen. Auf ihre beschleunigte Durchführung ist zu dringen.

Fürsorge-Erziehung soll nicht deshalb angewendet werden, weil sie auf öffentliche Kosten geschieht, wenn private Unterbringung oder Unterbringung in Landheimen oder Waisenhäusern das geeignete Erziehungsmittel ist.

Es ist ein Mangel an qualifizierten Kräften zur Leitung von Fürsorge-Erziehungsanstalten zu beklagen.

3. Halboffene Fürsorge.

- a) Die Richtlinien des Landesjugendamtes Berlin über die hygienische Einrichtung sind streng zur Anwendung zu bringen.
- b) Von allen Mitarbeitern ist eine genaue persönliche Kenntnis des Milieus der Kinder und eine enge Verbindung mit deren Eltern zu fordern.
- c) Die Zahl der Krippen und Krabbelstuben ist zu vermehren.

- d) Die qualifizierten Kräfte der geschlossenen und halboffenen Arbeit wandern wegen der schlechten Bezahlung und wegen der mangelnden Schätzung der Arbeit am Kleinkinde aus der jüdischen Arbeit in städtische und in die offene Fürsorge ab.

4. Ausbildungsfragen.

- a) Eine jüdische Ergänzungsausbildung für voll ausgebildete Sozialarbeiter ist zu erstreben.
- b) Die Aufhebung rüchständiger Bestimmungen, die der Freiheit und Würde der Schülerinnen, insbesondere in Heimen und bei der Schwestererziehung widersprechen, ist mit Nachdruck durchzusetzen.

III. Offene Fürsorge.

1. Jugendpflegegruppen.

- a) Die Zugehörigkeit zur Jugendgruppe soll unabhängig von der bezirksweisen Zuständigkeit auf die persönlichen Beziehungen zu einem bestimmten Führer Rücksicht nehmen.
- b) Die Jugendpflegegruppen sollen des Fürsorgecharakters entkleidet werden und auf der Freiwilligkeit der Jugendlichen beruhen.
- c) Die Jugendpflegegruppen und ihre Führer sollen nur einem besonderen zentralen Dezernat unterstellt werden, das Schulung und Beaufsichtigung durchzuführen hat.
- d) Neben nicht sozial-beruflich tätigen Führern, denen Bezahlung gegeben wird, soll beruflichen Jugendpfleger(innen), die hauptamtlich tätig sind, Führung von Jugendpflegegruppen übergeben werden.

2. Anknüpfungspunkte ehrenamtlicher Mitarbeit.

Stimmberechtigte ehrenamtliche Mitarbeit Jugendlicher in Wohlfahrtskommissionen, Mitgliedschaft in Wohlfahrts- und Jugendämtern und Anstaltskuratorien sind zu erstreben. Eine besondere Schulung hierfür und dauernde Rechenschaftslegung gegenüber den Ortsausschüssen des Reichsausschusses sind unerlässliche Voraussetzung hierfür.

3. Berufsberatung.

Der durch die Verschiebung im Altersaufbau der Bevölkerung bzw. den Geburtenausfall in den Kriegsjahren entstehende Lehrlingsausfall in den Jahren 1930/1934 ist für eine jüdische Berufspolitik auszunutzen. Hierfür ist die Schulung und Anstellung besonders qualifizierter Berufsberater für Großgemeinden und Gemeindebezirke notwendig.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Georg Dubinski, Berlin

Verlag: Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände E. V.,
Berlin N 24, Oranienburger Str. 13-14

Druck: Selbsthilfebund der Körperbehinderten.
Berlin SO 16, Schmidtstr. 8a

